

Rein Zusammenschluß, sondern Arbeitsgemeinschaft

Der Reichstagspräsident Paul Löbe veröffentlicht in der Bressauer „Volkswacht“ einen Artikel, in dem er unter Hinweis auf den bevorstehenden Parteitag der U. S. P. D. einer Annäherung der S. P. D. und U. S. P. D. das Wort redet:

„Ein neuer Block der Sozialdemokratie und der Unabhängigen würde — natürlich bei vorheriger Einigung auf gemeinsame Grundlinien — ein ganz anderes inner- und außenpolitisches Gewicht haben, als es bei der gegenwärtigen Gruppierung der Parteien möglich ist. Auch organisatorisch ist die Spaltung kaum länger zu ertragen, zwei oder drei sozialdemokratische Vereine oder Zeitungen für ein und denselben Ort sind außerhalb Berlins kaum auf die Dauer möglich. Gewöhnlich krankt dann nicht nur eine, sondern zwei von ihnen, mitunter alle drei.“

Löbe bestreitet nicht, daß die S. P. D. in der turbulenten Entwicklung der letzten sieben Jahre Fehler gemacht hat; er verkennt auch nicht, daß der Gang der Debatten in Görlitz einer Annäherung nicht dienlich war. Zugleich erklärt er aber, daß keiner seiner Parteigenossen, die in ihren Reden in Görlitz gegen die U. S. P. „unnötig scharf“ waren und in ihrer Befürwortung der breiten Koalition „unnötig weit gingen“, die Absicht einer Entfremdung der Arbeiterparteien gehabt habe.

Wir geben sonalweise diese Erklärung Löbes wieder, ohne indeß zu verhehlen, daß die Wirkung der Görlitzer Debatten — unabhängig von den Absichten der dort auftretenden Redner — nicht nur eine starke Entfremdung der Arbeiterparteien, sondern auch eine tiefgehende Gärung in der S. P. D. war. An dieser Tatsache wird nichts dadurch geändert, daß Löbe eine Schwankung der U. S. P. in der Koalitionsfrage glaubt feststellen zu können und davon warnt, den Klassenkampfstandpunkt schematisch aufzufassen. Eine solche Schematisierung liegt der unabhängigen Sozialdemokratie vollkommen fern. Sie glaubt aber auch nicht, daß der Arbeiterbewegung damit gedient ist, wenn unter Hinweis auf die Gefahr eines solchen Schemas die Idee des Klassenkampfes überhaupt aus der Arbeiterbewegung entfernt wird. Daß eine solche Tendenz in der S. P. D. besteht, wird auch Löbe nicht bestreiten wollen. Sie wird bestätigt nicht nur durch die Praxis der S. P. D. in den letzten sieben Jahren, sondern auch durch den Kampf, der bei der Programmdebatte in Görlitz wegen der Einführung des Wortes „Klassenkampf“ von der Linken geführt werden mußte.

Löbe scheint selbst einzusehen, daß es keinen Zweck hat, die Gegensätze, die zwischen der U. S. P. D. und der S. P. D. in der Frage der Koalitionspolitik, des Klassenkampfstandpunktes usw. bestehen, mit einer Handbewegung fortzuwischen zu wollen. Er begrenzt deshalb die Einigungsfrage auf die Frage eines Zusammengehens beider Parteien auf praktischen Gebieten:

„In den Gemeinden, in den Ländern, in der Geschlechtsarbeit des Reiches werden beide Parteien, ganz gleich, ob innerhalb oder außerhalb der Regierung, zungunüßig in die gleiche Front gedrückt. Wir müssen also, auch wenn die Zeit zur Einigung noch nicht reif ist, wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft bilden.“

Löbe glaubt, daß durch ein solches Zusammengehen in praktischen Fragen eine gegenseitige Ergänzung erzielt werden würde, die beiden Teilen und der Gesamtheit nützen werde. Zugleich würde die Einigung in Deutschland ein wichtiger Schritt zur internationalen Einheitsfront der Arbeiterklasse werden, die angesichts der bevorstehenden Internationalisierung des Großkapitals notwendig sei.

Die hier wiedergegebenen Äußerungen Löbes heben sich durch ihren ruhigen, sachlichen Ton, durch das Eingeständnis der Fehler der eigenen Partei, sowie durch die Begrenzung der bevorstehenden Aufgabe auf klar erkennbare, erreichbare Ziele vorteilhaft ab von den bisherigen Erörterungen in der rechtssozialistischen Presse. Würden die Parteigenossen Löbes seinem Beispiele folgen und sich weniger über die angeblichen Differenzen und bevorstehenden Spaltungen in der U. S. P. und mehr über die gemeinsamen Aufgaben und praktischen Aktionsmöglichkeiten der beiden Arbeiterparteien den Kopf zerbrechen, so würden sie die gemeinsamen Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung sicherlich mehr fördern, als das bisher der Fall war.

Über vielleicht tun wir ihnen allen Unrecht, dem Kommerzienrat, den Inhabern der Schlemmerlokale, die hier so offen ausplaudern, und den Botanikern solcher Rundfragen. Wäre es nicht möglich, daß sie viel besser wissen als wir, was man der deutschen Arbeiterschaft auch heute noch bieten kann?

Aus der spanischen Hölle. Spanien führt seit Jahr und Tag einen imperialistischen Raubkrieg in Marokko. Seine operettenhafte Kriegsführung ähnelt der des zusammengebrochenen Mittelalters. Spaniens „Erfolge“ sind auch danach. Die Opfer werden immer größer, ohne daß die Spanier mit ihrer rein militärtechnischen Überlegenheit den Rifstabilen beikommen. Spanien legte sich nun ebenfalls eine — Fremdenlegion zu, von der entsetzliche Dinge gemeldet werden. Der „Daily Herald“ vom 26. November berichtet ausführlich und bringt Abbildungen von 66 solchen Legionären, die in einem schauerhaften Zustand nach London zurückkehrten. Außer Engländern waren einige Kanadier, Australier und ein Amerikaner darunter. Aus den Mitteilungen dieser Leute, die ein Vertreter des „Daily Herald“ aufnahm, geht hervor, daß dieser spanischen Fremdenlegion auch Deutsche und Franzosen angehören. Wir wurden schlechter als Hunde behandelt“, erklärte einer dieser Legionäre. Da die meisten die spanische Sprache nicht verstanden, woraus viele Mißverständnisse erwachsen, wurden die Legionäre streng bestraft. „Ich wurde an einen Pfosten angebunden, auf volle drei Tage.“ Die Leute waren teilweise ohne Feldflaschen und wurden vom Durst furchtbar gepeinigt, so daß sie gezwungen waren, aus Pfützen, in denen Leichen lagen, zu trinken. Die Verpflegung war sehr schlecht. Die Legionäre mußten unter freiem Himmel schlafen und waren 29 Tage ohne Decken und Hemden. Leute, die sich krank meldeben, wurden zurückgewiesen. Die Verhältnisse im Spital waren unanständig, und je zwei Mann mußten in einem Bett schlafen. Dysenterie- und Fieberkranken wurden als gewöhnliche Kranke behandelt, und ihre Wundung von vier Tagen wurde ihnen abgehoben. Die spanischen Militärs scheuten sich nicht, bestrafte Legionäre, denen die Hände gebunden waren, in die Feuerlinie zu stellen. B. R.

Das größte Rhinoceros. Im „Manchester Guardian“ spricht A. Clutton-Brock über die Hinwendung überschüssiger Energien auf rein materielle Ausdrucksmittel. Dabei beschreibt er in drei Zeilen Wesen und Sinn des Weltkrieges: „Statt unser Geld für Kunst und Wissenschaft zu verwenden, stecken wir uns in schwere Rüstungen, wie Hummer oder Rhinoceros, und dann greift das am stärksten gepanzerter Rhinoceros die anderen an, vertrauend auf seine doppelte Wehr.“ Wer die Memoiren unserer Staatsmänner, Admirale und Generale liest, wird dieser Formulierung gewiß zustimmen.

Badens, verbreitet ist. Es ist damit zu rechnen, daß demnächst Anklage erhoben wird.

Was die Untersuchung gegen die Mörder Erzbergers und ihre Helfer betrifft, so sind die Ermittlungen nach dieser Richtung noch nicht abgeschlossen. In der bisherigen Untersuchung ist aber nicht nur schwerwiegendes Anlagematerial gegen die schuldigen Täter ermittelt worden, sondern darüber hinaus konnten auch wichtige Feststellungen über ihre Helfer und über die politischen Motive und Zusammenhänge, die zu der Tat geführt haben, getroffen werden. Dieses Material soll durch die weiteren Ermittlungen noch ergänzt werden.

Die Untersuchung hat also ergeben, daß sich die Geheimorganisation nicht nur auf Bayern erstreckt, sondern über das ganze Reich ausdehnt. Das ist von uns immer behauptet worden. Leider scheint es so, als ob besonders in Preußen nicht mit der erforderlichen Energie gegen die Geheimorganisationen vorgegangen wird. Bisher wurden lediglich in Berlin einige Personen, deren Namen sorgsam verschwiegen wurden, in Haft genommen. Für die Festigung der Republik ist es unbedingt notwendig, daß der gegen die monarchistischen Geheimbündler in Aussicht gestellte Prozeß so schnell wie möglich stattfindet, damit die breitesten Öffentlichkeit endlich erfährt, welche gefährlicher Natur die Mächte hinter den Organisationen seien und wer vor allem die Geldgeber sind, die die sehr reichlichen Mittel für den geplanten Umsturz zur Verfügung stellen.

Ebenso notwendig ist die schnelle Festlegung des Termins gegen die in Haft befindlichen Helfershelfer der Mörder Erzbergers. Die eigentlichen Mörder werden ja aller Voraussicht nach kaum gefaßt werden. Deshalb sollte wenigstens die Anklage gegen die Helfershelfer erhoben werden, deren das Gericht habhaft geworden ist.

Die Lüge vom Milliarden-Geschenk

Zu den Wahlen für die Angestelltenversicherung erläßt der Vorstand des A. D. G. B. durch die P. P. K. folgenden Aufruf:

Bei den gegenwärtigen Wahlkämpfen um die Neubehaltung der Vertrauensmänner bei der Angestelltenversicherung ist vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband die Behauptung aufgestellt worden, es werde die Vereinfachung der Angestellten- wie der Invalidentversicherung zu dem Zwecke betrieben, um die bei der Angestelltenversicherung angesammelten Gelder den gewerblichen Arbeitern zuzuführen. Ein solches Verlangen ist jedoch von keiner Seite gestellt worden, so daß sich diese Behauptung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes als ein Wahlmanöver charakterisiert, das darauf berechnet ist, die Angestellten zu täuschen.

Offenbar ist der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband nicht in der Lage, seinen Standpunkt auf Beibehaltung der Sonderversicherung sachlich zu begründen und greift daher zu solchen Täuschungsmitteln. Es kann wohl auch angenommen werden, daß der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband diese Behauptung zu dem politischen Zwecke aufstellt, das immer inniger werdende gute Einvernehmen zwischen Angestellten und Arbeitern zu fördern. Leider haben sich auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Verband der weislichen Handels- und Bureauangestellten nicht gehalten, die vom Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband ausgehende Verächtlichung nachzugeben. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes steht sich daher veranlaßt, zu erklären, daß bei Vereinfachung der Angestellten mit der Invalidentversicherung gar keine Rede davon sein kann, daß Gelder, die von der Angestelltenversicherung angesammelt worden sind, irgend jemand anders zugute kommen sollen als den versicherten Angestellten selbst. Was die Angestellten aufgebracht haben, soll ihnen unverkürzt bleiben.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gen. Theodor Leipart.

Abbau der Interalliierten Kommission. Das Personal der Interalliierten Kontrollkommission ist in den letzten Monaten beträchtlich vermindert worden. Der Offiziersbestand wurde um etwa ein Drittel herabgesetzt und dementsprechend auch der Mannschaftsbestand verringert. Im Jahre 1922 wird ein weiterer Abbau vorgenommen werden. Daß sich die Interalliierte Kommission immer noch in Deutschland aufhält und beträchtliche Kosten verursacht, ist in erster Linie auf das Treiben der Monarchisten zurückzuführen, die immer wieder, und zwar mit Erfolg, den Versuch machen, den Friedensvertrag zu umgehen, indem sie geheime Waffenlager anlegen und verkappte militärische Organisationen ins Leben rufen.

Ich ... Vielleicht bilden sich solche erst an hervorragender Stelle der Republik — wer weiß es?

„Durch den Krieg, die Not (!) und Warenknappheit beeinflusst, waren wir erfinderisch geworden im Zubereiten von Gerichten. Ein guter Einfluß war dies jedoch nicht. Hier mögen schnell ein paar herausgegriffen sein: Die kalten Büffetgerichte à la Carmen, Rehrüden à la Carmen, Ente à la Carmen (steht in Nadeltagel, gefüllt mit Gänseleberparfait und belegt mit Apfelsinenscheiben, garniert mit Apfelsinengelee in Apfelsinenschalen), daselbe auf moderne Art (anstatt Apfelsinen mit Ananas). Hummer warm nach Banderbilt. Seezungen à la Monte-Carlo.“

„Was nun die Frage betrifft, ob es wieder Mäcene der Kochkunst wie einst Brillat-Savarin, Fürst Bähler-Muskau, Herzog von Beaune u. a. gibt, so muß dies von der hohen Warte der Kochkunst aus betrachtet, glattweg verneint werden. Um neue, interessante Gerichte zu erfinden, bedarf es derjenigen Produkte, die, wie eingangs erwähnt, kaum oder gar nicht mehr zu haben sind. Die Ansichten der hohen Küchenachsoverständigen gipfeln zwar alle darin, daß es uns heute aus begründlichen Gründen an den Mäcenen fehlt, für die es sich lohnt erfinderisch zu sein. Trotzdem muß festgestellt werden, daß sowohl in unseren ersten Restaurants, die edle Kochkunst weiter gepflegt wird, und daß auch in den Privathaushaltungen mit viel Sorgfalt und Kultur gekocht wird.“

Also immerhin noch ein Lichtblick in diesen schweren Tagen. Wenn auch die Trüffeln nicht mehr ganz so pikant schmecken wie in Friedenszeiten, wenn auch anstatt des Leibkochs eine Köchin zweiten oder gar dritten Grades genommen werden muß, es wird „im allgemeinen mit viel Sorgfalt und Kultur gekocht“.

Noch Scherz beiseite. Es ist geradezu erschreckend, mit welcher Ahnungslosigkeit und wenig geringem Verständnis für die Situation hier öffentlich Dinge besprochen werden. Man bedenke: Das nackte Elend greift aus allen Wöchern. Die steigende Not treibt zu gigantischen Lohnkämpfen. Man redet von Gelingen gegen das Schlemmerleben, Wucherbekämpfung, Kälte und Hunger treiben Verzweifelte und Irreführte zu Erzessen, Hunderttausende — längst unterernährt und lungentkrankt wissen nicht, wozu sie morgen Kartoffeln und Brot kaufen und die notwendigen Kleidungsstücke für ihre frierenden Kinder beschaffen sollen.

Und in einer solchen Zeit veranstaltet man öffentliche Ausproben über Gänseleberparfait, Schokoladensuppe mit ungefüllter Schokolade (die angeblich verboten ist!) und Champignons in Hummersauce.

schehen, praktische Vorbereitungen zu treffen, um die Kredithilfe überhaupt rechtzeitig gewähren zu können. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß die ganze Unterhaltung über eine freiwillige Kredithilfe nur gepflogen worden ist, um Zeit zu gewinnen, damit ein gefechgeberisches Eingreifen der Regierung zwecks Beteiligung an den Sachwerten unterbleibt. Diesen Zweck haben die Kapitalisten erreicht.

Die Passivität der Reichsregierung gegenüber dieser von der ganzen Arbeiterschaft einmütig gestellten Forderung ist nicht mehr zu übertreffen. Es soll gewiß nicht bestritten werden, daß in den Ententeländern merkliche Ansätze zu beobachten sind, die einen Umschwung der Meinungen über der Sachwerte unternommen wird, bevor man die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands erklärt. Es kann unmöglich als weitblickend angesehen werden, daß nach der jetzt ein die Durchführung der Reparationsbedingungen erkennen lassen und man kann wünschen, daß die Optimisten bei uns in dieser Frage recht behalten mögen. Aber gerade diese Beobachtungen müßten für die deutsche Regierung ein Grund mehr sein, in ihrem Bemühen, jeden Versuch zur Erfüllung der Reparationsleistungen zu machen, gerade jetzt nicht zu erlahmen. Die konsequente Fortführung der Außenpolitik vom 10. Mai d. J. hätte es geboten, daß bei der jetzigen Steuerreform erst der Versuch einer Erfassung geschlagenen Methode zunächst die Beschlüsse der Entente-regierungen abgewartet werden, bevor im eigenen Lande nach dem Rechten gesehen wird. Wenn es dazu kommen sollte, daß in nächster Zeit eine Einmischung der Entente in die innerdeutsche Finanzpolitik erfolgt, dann ist das mit dem Ergebnis der Passivität unserer Regierung; sie hat es unterlassen, rechtzeitig den Weg zur Sanierung der Reichsfinanzen zu beschreiten, weil sie nicht die Kraft aufbringt, mit der organisierten Arbeiterschaft zusammen, gegen den Willen der Besitzenden eine durchgreifende Finanzreform vorzunehmen.

Selbst wenn die außenpolitische Entspannung in weitgehendem Umfang eintreten sollte, so bleibt aber immer noch das in n e r e Defizit bestehen, das allein schon eine sofortige Erfassung der Sachwerte rechtfertigen müßte. Es heißt aber wahrlich die Geduld der Arbeiterschaft auf eine harte Probe stellen, wenn nun wochenlang seitens der Reichsregierung die Kardinalforderung der werktätigen Bevölkerung einfach übergangen wird, während in den Steueraussschüssen Anträge auf Erleichterung der Besitzsteuern ohne Widerspruch des Finanzministers passieren dürfen.

Diese Dinge weiter treiben lassen, bedeutet in letzter Linie wachsende Verelendung der breiten Volksschichten. Jetzt haben die Arbeiterparteien das entscheidende Wort, denn hinter ihnen steht die große Mehrheit des Volkes. In dieser Situation ist es auch müßig, die Einigung der Arbeiterschaft ausschließlich unter dem Gesichtspunkt theoretischer Parteiprogramme zu erörtern. Die gegebene Einigungsgrundlage ist das knappe Aktionsprogramm: Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. In der eindeutigen Stellung und in dem rücksichtslosen Eintreten für diese Forderung der Stunde liegt der Gradmesser für den Willen der einzelnen Arbeiterparteien zur Einigung des Proletariats.

Die monarchistischen Geheimbünde

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, fand kürzlich in Offen-burg eine Besprechung über den Stand der Ermittlungen in der Mordsache Erzberger und der damit verbundenen Untersuchung gegen die sogenannte Geheimorganisation C. (Brigade Ehrhardt) statt. An der Besprechung waren beteiligt der badische Justizminister Trunk, der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung Oberst Kuenger, der Oberstaatsanwalt von Karlsruhe, der Oberstaatsanwalt von München, ein sächsischer Staatsanwalt sowie die beiden badischen Staatsanwälte und die beiden badischen Untersuchungsrichter, die den Fall Erzberger sowie die Untersuchung gegen die Geheimbündler führen.

Die Untersuchung gegen die Geheimbündler ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie hat ergeben, daß die Geheimorganisation C. sich in der Tat über das ganze Reich erstreckt und in allen Provinzen Preußens, einschließlich des besetzten Gebiets sowie in allen anderen Ländern, mit Ausnahme

Nahrungsforgen

Von Waldemar

Eine der letzten Nummern der illustrierten Zeitschrift „Sport im Bild“ hat eine Rundfrage über die immer größer werdenden Nahrungsforgen der oberen Zehntausend veranlaßt. Die eingegangenen Antworten zeigen die Lage, in der sich heute Schieber und Kriegsgewinnler befinden. Hören wir einige Antworten:

„Leider ist von den etwa 10 000 besten herrschaftlichen Haushaltungen in Deutschland die weitaus größere Hälfte nicht mehr in der Lage, sich einen Küchenmeister zu halten. (Schrecklich!) Aberhundert befallen sich mit Köchinnen zweiten und dritten Grades (noch schrecklicher!) da leider die guten Kochmännlein durch die Unterbrechung der Kriegszeit — damals drehten junge Mädchen befanntlich Granaten (Psst!) — keine Ergänzung gefunden haben.“

„Wegen der vielen Ausländer die bei mir verkehren, muß ich meine Speisefarte möglichst international halten, die Amerikaner wissen auch, daß sie bei mir alles finden, was ihnen zu Hause lieb ist. Kulkern-Cups mit geschabtem Eis mit Catshup vermischt, Schokoladensuppe mit ungefüllter Schlagsahne, Hühnerscheiben mit Trüffeln und Champignons in Hummersauce auf Reis, Maisgemüse à la Crème mit Röhre gratiniert oder allerhand Savoirs auf Toast. ... Ebenfalls die amerikanischen Getränke, dabei sei Ginfliss, als der gesundeste noch einem Sektsooper, nicht vergessen.“

„Neulich erzähle bei mir einer der größten rheinischen Großindustriellen, ein Finanzaristokrat, der sich alles leisten kann (natürlich) mit seiner Tochter. Und was ist die junge Dame? Ein hartes Eis! Tableau. Eine derartige Bestellung war mir solange ich mein Geschäft habe, noch nicht vorgekommen. (Die perverste junge Dame sollte wegen Ertragung öffentlichen Vergernisses einfach festgenommen werden!) Aber ich habe doch noch Güte, vornehme, ältere Herren, wie etwa Kommerzienrat H., auch aus dem Rheinlande, die sich von mir von Zeit zu Zeit ein Menü zusammensetzen lassen, bei dem nicht gepart zu werden braucht.“ (Wir sehen ihn leibhaftig vor uns, den Herrn Kommerzienrat, wie er in der Aufsichtsratsitzung seines Konzerns für größere Sparbarkeit eintritt und für Herabsetzung der Löhne plädiert.)

„Ob gerade die heutigen Zeitläufe und die Koalition hier und anderwärts geeignet erscheinen, auf die Kochkunst und das Mäcenatentum beschränkend einzuwirken, ist zum mindesten frag-

Englands Friede mit Irland

Zustimmung des irischen Parlaments

London, 30. Dezember.

Nach einer Meldung der „Central News“ aus Dublin hat die irische Nationalversammlung gestern in einer Geheim Sitzung beschlossen, den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Dass der Jahrhundert alte zur Teil so blutig geführte Kampf zwischen den beiden schicksalserbundenen Völkern durch die Gestaltung Irlands zu einem „Freistaat“ endlich im Geiste friedlicher Einigkeit abgeschlossen wozu, bedeutet an sich einen Sieg der demokratisch-freiheitlichen Kräfte. In allen Ländern werden die unentwegten Verleumdungen der alleinseligmachenden Gewalt, die für die „englischen Rechtsden“ in der Trennung offenbar viel sympathischeres Verständnis übrig hatten, ihren Vorrat an wirksamem Agitationsmaterial um einen wichtigen Bestandteil geschmälert haben. Es interessiert uns vor allem, was die treibenden Kräfte waren, welche zu diesem Frieden zwischen England und Irland führten.

Fachhundertelang haben die englischen Eroberer Irland unterdrückt. Seine Bauern wurden von den englischen Feudalherren von der Scholle vertrieben. Verzweifelte Ausbrüche der gepöbelten Bevölkerung wurden im Laufe der Jahrhunderte in sechs Feldzügen niedergeworfen. In Massen mußte das Volk das Land verlassen; seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts sind allein fünf Millionen Iren nach Amerika ausgewandert. Der Befreiungskampf der irischen Bevölkerung war gewissermaßen auch ein Klassenkampf: der irische Pächter stand dem englischen Großgrundbesitzer, der irische Proletariat dem englischen Fabrikanten gegenüber.

Die Liberalen in England — dies muß eingeräumt werden — haben in den letzten 50 Jahren stets versucht, Irland und die irische Bevölkerung durch ökonomische und Verwaltungsreformen und eine durchgreifende Agrarreform durch die Umwandlung des besitzlosen Landproletariats in eine wirtschaftlich kräftige Bauernbevölkerung zufriedenzustellen. Die Pazifizierung des irischen Volkes im Rahmen des britischen Staatsverbandes durch Gewährung der Autonomie wäre tatsächlich auch vor dem Kriege zustande gekommen, wenn sich nicht ein Teil des irischen Volkes, nämlich die im Norden Irlands gelegene Grafschaft Ulster, die von einer überwiegend puritanischen englischen Bevölkerung bewohnt wird (die Iren selbst sind fast ausschließlich Katholiken), sich dem Ausgleich aufs Heftigste entgegen geworfen hätte. Hierbei wählten nicht nur nationale und religiöse, sondern auch ökonomische Motive mit: Ulster ist industriell und reich, das übrige Irland agrarisch und arm. Ein Staat kostet Geld, und Ulster, eine Minorität im Freistaat Irland, hätte — so rechnet man — den größten Teil der Ausgaben dieses ihm verhassten und feindseligen Staates aufbringen müssen. So wäre Irland zwar zur Unabhängigkeit gelangt, aber belastet mit einer neuen Forderung. Dieser Widerstand Ulsters hat noch bis zur Zeit vor dem Kriege den Ausgleich verhindert, aber jetzt ist er endlich überwunden, und auch Ulster wird voraussichtlich in ein Kompromiß hineingezogen.

Irland soll die Stellung eines Dominions gleich Kanada, Südafrika, Australien erhalten, also nur lose eingegliedert sein im englischen Staatsverband und alle staatlichen Hoheitsrechte durch seine eigene Volksvertretung ausüben können: also Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit, selbst Polizei und Armee werden irische Angelegenheiten; die Regelung des Verkehrs, der Wirtschaft, Sozialpolitik, Arbeitsgesetzgebung werden dem irischen Parlament anvertraut. Und so ist letztlich ein loederes, wahrheitsgemäß aber dauerhaftes Band zwischen der grünen Insel und dem britischen Reich geknüpft.

Warum hat sich Lloyd George zu diesem weitgehenden Schritte entschlossen? Die Weltprobleme im Fernen Osten, die Streitfragen, die sich in der Türkei aufstun, die sozialen Probleme im eigenen Lande, die Weltwirtschaftskrise, Indien, Rußland — überall die ganze Welt in unennbarer Verwirrung — und England zu Hause beschäftigt mit der Frage, welche schon die Großväter in Atem hielt! So konnte es nicht bleiben. Daher liegt die weltpolitische Bedeutung der Vereinbarung in der Bewegungsfreiheit, die England durch die Lösung der irischen Frage gewinnt. Auch für das soziale Leben Englands ist die Regelung von größter Bedeutung. Denn dieses nationale Problem hat von jeher die politische Atmosphäre vergiftet. Nun, wo es der Lösung entgegengeht, werden sich die sozialen Probleme immer schärfer herausheben und die Interessensolidarität der britisch-irischen Arbeiterschaft wird sich reiner und wirksamer zum Ausdruck bringen.

Damit bei der weltgeschichtlichen Entscheidung, die gegenwärtig in Irland getroffen wird, auch das Possenspiel nicht fehlen soll, hat die kommunistische Partei Irlands am 17. Dezember einen Aufruf an das irische Volk erlassen, in dem es den englisch-irischen Vertrag als „den schändlichsten Verrat an Irlands Kampf um die nationale Unabhängigkeit und an der Sache der irischen Republik“. Die kommunistische Partei schwört dem irischen Freistaat keine Treue und lehne die Verbindung Irlands mit Großbritannien ab. — Auch hier bestätigen also die Kommunisten das Urteil, daß sie nichts weiter sind als wildgewordene Spießbürger, die schimpfend und nörgelnd hinter der Weltgeschichte herlaufen.

Wirtschaftsfragen auf dem russischen Rätekongress

D. E. Moskau, 28. Dezember.

Im weiteren Verlauf des 9. Allrussischen Rätekongresses erklärte Kamenew in seinem Bericht, die neue Wirtschaftspolitik zeitige schon jetzt merkbare Erfolge. Der vorherrschende Einfluß des mächtigsten Unternehmers, d. h. des Staates, auf dem Markt müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Der Landwirtschaftskommissar Ossinski betonte in seinem Bericht, die Sowjetregierung werde mehr mit der Landwirtschaft als mit der Industrie rechnen müssen, da jene die Grundlage der russischen Volkswirtschaft bilde. Professor Tulajew sprach über die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Landwirtschaft in den südöstlichen Hungergebieten Rußlands. Wenn es überhaupt gelänge, den Verfall der Landwirtschaft aufzuhalten, so würde es erst im Jahre 1923 möglich sein, mit dem Wiederaufbau der Landwirtschaft zu beginnen.

In der Sitzung vom 26. d. M. berichtete der Vorsitzende der Genossenschaftszentrale Chinski über die Leistungen der russischen Genossenschaften, welche sich trotz des immer noch geringfügigen Umlages erfolgreich entwickelten. Der frühere Finanzkommissar Krestinski (gegenwärtig Sowjetminister in Berlin) hob hervor, daß die Geldentwertung allmählich durch die Verminderung des Notendrucks und eine geregelte Budgetwirtschaft aufzuhalten wäre.

Am selben Tage sandte der Rätekongress ein Telegramm an Kansen, worin er ihm im Namen der wertvollen Millionen-

bevölkerung Rußlands den Dank für sein unerschütterliches Bestreben, die russischen Bauern vom Tode zu retten, ausdrückt.

Auf der unmittelbar vor der Tagung des 9. Allrussischen Rätekongresses abgehaltenen Allrussischen Konferenz der kommunistischen Partei hatten die Anhänger Lenins die Ueberzahl. Besonders auffallend war, daß der Hauptgegner der Leninschen Wirtschaftspolitik, Larin, und der Chefredakteur des orthodoxen kommunistischen Zentralorgans, der Moskauer „Pravda“ Bucharin, keinen Sitz im Konferenzpräsidium hatten. Die Berichte waren sehr pessimistisch gehalten. So erklärte Kamenew die gegenwärtige Zerrüttung der Landwirtschaft und der Industrie sowie der Zusammenbruch des Warenaustausches seien eine Folge der früher begangenen Fehler; die Zulassung von Banken und Börsen und die übrigen wirtschaftlichen Zugeständnisse seien unpermeidlich gewesen — sie würden ohnedies wiedererstanden und hätten dann zum Selbstmord Sowjetrußlands geführt. Noch trostloser lautete der Bericht Ossinski über die bevorstehende Katastrophe der Landwirtschaft, welche die gesamte Wirtschaft mit dem Untergang bedrohe. Diesen Reden folgten lebhaft Debatten.

Vor neuen Reformen

Sinowjew auf dem Rückzuge

D. E. Tschijoki, 30. Dezember.

Im Zusammenhang mit der auf dem 9. Allrussischen Rätekongress abgegebenen Erklärung Lenins über die geplante Reform der Außerordentlichen Kommission wird nunmehr eine Proklamation erwartet, worin die vom Kongress beschlossene Sicherstellung der Rechte der Person und des Privateigentums genau formuliert werden soll.

Sinowjew hat der kommunistischen Internationale und dem Rätekongress Bericht erstattet und dabei die Notwendigkeit betont, eine einheitliche Arbeiterfront der ganzen Welt zu schaffen. Aus diesem Anlaß erfährt der Korrespondent des „Ost-Express“, daß seitens Moskaus Schritte zur Verständigung mit den Arbeiterparteien Europas zwecks eines gemeinsamen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit unternommen werden sollen. Jedoch wird jedes Partieren mit den kompromißlos gebliebenen Arbeiterführern immer noch abgelehnt.

Die Verhandlungen in Oberschlesien

Was längst hätte geschehen müssen

Es wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf wiederholt geäußerte Wünsche der Gewerkschaften hat sich die deutsche Regierung entschlossen, zu den Verhandlungen des Unterausschusses 7 (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien unter Vorbehalt der Hinzuziehung weiterer Sachverständiger aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen als Vertreter der Freien, der Christlichen und der kirchlichen Gewerkschaften Oberschlesiens die Herren Karger, Ehrhardt und Grise künftig zu allen Sitzungen des Unterausschusses 7 zuzuziehen, nachdem schon bisher die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen der Arbeiter und Angehörigen zu den einzelnen Fragen des zu schließenden Abkommens als Sachverständige im Ausschuss gehört worden sind.

Es ist bezeichnend, daß es erst des wiederholten Drängens der Gewerkschaften und der Flucht in die Öffentlichkeit bedurfte, um die Regierung zu veranlassen, zu den Verhandlungen über wichtige Fragen des Arbeiterrechts auch Vertreter der Arbeiter hinzuzuziehen. Auf polnischer Seite war man weitläufiger; dort haben sich von Anfang an Arbeitervertreter als gleichberechtigte Teilnehmer an den Verhandlungen beteiligt.

Rhein — Main — Donau

München, 30. Dezember.

Zum Ausbau der Großschiffahrtsstraße vom Main bei Wachsenburg über Bamberg, Nürnberg zur Donau und weiter über Regensburg bis zur Reichsgrenze bei Passau und zum Ausbau der Donau zwischen Kelheim und Ulm zur Großschiffahrtsstraße, zur Herstellung von Schiffahrtsanschlüssen nach Augsburg und München sowie zum Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken an diesen Wasserstraßen ist heute die Rhein — Main — Donau A. G. errichtet worden. Das Grundkapital ist auf 900 Millionen Mark festgesetzt und zerfällt in 600 Millionen Stammaktien, die vom Reich, Bayern, anderen deutschen Ländern und öffentlichen Körperschaften übernommen werden, sowie in 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die von öffentlichen Körperschaften, juristischen oder natürlichen Personen übernommen werden. Die Vorzugsaktien berechtigen zum Bezug einer Dividende bis zu 7 Prozent, die bis 5 Prozent vom Reich und Bayern gewährleistet ist. Die Gründer traten sofort nach Errichtung der Gesellschaft zur ersten Generalversammlung zusammen und wählten den Aufsichtsrat.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz

Paris, 30. Dezember.

Die Wirtschaftskonferenz hat heute im Ministerium des Reichern unter dem Vorsitz Loucheurs begonnen. Die englischen und französischen Finanz- und Industriesachverständigen waren mit dem Plane, der als Grundlage für den Wiederaufbau Europas dienen soll, einverstanden. Dieser Plan wurde den italienischen und belgischen Delegierten übermittelt und wird heute nachmittag in öffentlicher Sitzung besprochen werden. Die Konferenz wird heute abend oder morgen eine vorläufige Erklärung veröffentlichen, welche die Bedingungen festsetzt, unter denen die Signatarmächte bereit sind, die Handelsbeziehungen mit den anderen Ländern, besonders mit Rußland, wieder aufzunehmen. Diese Bedingungen würden besonders die Anerkennung des Privateigentums und der Verpflichtung des Staates umfassen.

Neuwahlen in England

CC. London, 30. Dezember.

Das englische Kabinett hat sich noch vor der Abreise Lloyd Georges nach Cannes mit der Frage der Ausschreibung von Neuwahlen beschäftigt. Dabei hat nach Meldungen der Blätter die Mehrheit der Minister sich für Wahlen im Februar ausgesprochen. Chamberlain war dagegen und verlangte die Vertagung auf den Herbst, damit inzwischen noch die Reform des Oberhauses, die einen Punkt des Regierungsprogramms bildet, durchgeführt werden könnte. Außerdem sei im gegenwärtigen Augenblick die Arbeitslosigkeit in England für die Arbeiterpartei allzu günstig. Die Regierung möchte der Labour Party gegenüber gern auf einen Erfolg ihrer Bemühungen hinweisen können, das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Deshalb brauche die Regierung auf der Konferenz von Cannes große Erfolge. Wenn Lloyd George aus Cannes mit einem genau ausgearbeiteten Plan zur Wiederherstellung Europas zurückkäme, so würde die Rede, die Lloyd George vor der Liberalen Partei am 21. Januar in London zu halten gedenke, die Bedeutung einer großen Wahlkampagne erhalten. Die Auflösung des Parlaments würde vor dem 31. Januar erfolgen.

Der Märchenerzähler des Herrn Bulle

Der alldeutsche Kriegsbarde, Herr Graf Reventlow, stimmt fast täglich seine Leser an und erzählt dem Leserkreis des Bulleblattes irgendein Märchen, das, beim Lampenschein gelesen, Gruseln erwecken muß. Am Donnerstag berichtete er, die deutsche Regierung habe an die russische Regierung einen großen Kasten Waffen abgeliefert, wofür sie 5 Millionen deutsche Papiermark erhalten habe. Es handelte sich um etwa 50 000 Gewehre, die den russischen Soldaten im Spätsommer 1920 abgenommen worden waren, als sie während des russisch-polnischen Krieges auf ostpreussisches Gebiet übergetreten waren. Die Waffen lagerten längere Zeit in der Festung Löben. Sie wurden dann nach Wilna transportiert und von dort per Schiff wieder nach Rußland gebracht.

Die deutsche Regierung ist dabei durchaus korrekt verfahren. Sie war während des russisch-polnischen Krieges neutral und mußte daher, den völkerrechtlichen Regeln entsprechend, die auf deutsches Gebiet übergetretenen Waffen entsorgen. Nach Beendigung des Krieges mit Polen war Rußland berechtigt, Eigentumsanspruch auf die Waffen zu erheben. Diesem Anspruch ist auch stattgegeben worden. Die Waffenschatzkammer hatte zwar die Forderung erhoben, die russischen Waffen zu zerstören, weil sie annahm, daß damit eine geheime Bewaffnung des deutschen Heeres erfolgen könnte. Nachdem die deutsche Regierung versichert hatte, daß die Waffen an Rußland abgeliefert würden, fiel für die alliierten Mächte jeder rechtliche Grund fort, die Zerstörung der russischen Waffen zu verlangen, und auf Grund dieses Tatbestandes erfolgte dann die Ablieferung an Rußland.

Aus dem Artikel des Grafen Reventlow spricht lediglich die Mut darüber, daß sich die russischen Waffen nicht mehr auf deutschem Boden befinden. Gerade in Ostpreußen hätten die Kreise, für die Herr Reventlow seinen Leitartikel dichtet, für die Waffen eine sehr gute Verwendung gehabt, und sie wären zweifellos auch auf irgendeine Weise verschwunden, wenn sie noch länger in Löben gelagert hätten. Gerade in Ostpreußen gesehen in dieser Hinsicht ja die sonderbarsten Dinge. Es ist zwar bekannt, daß dort noch große Waffensammlungen versteckt gehalten werden, aber der echte Junker ist vom Stamme Rimm und nimmt daher auch gerne mehr, als er braucht. Der Schmerz des Grafen Reventlow ist mithin zu verstehen. Er hat seine Pläne, die halbe Welt und den Mond zu annektieren, immer noch nicht aufgegeben. Die Ausschüßten sind zwar inzwischen recht betrübtlich geworden, und wenn er jetzt noch erfahren muß, daß sich auch an die 50 000 russischen Gewehre keine Hoffnungen mehr knüpfen lassen, dann ist das durchaus dazu angetan, kopfschüttelnd dem Neuen Jahre entgegenzusehen. Aber nur Mut, Herr Graf! Ein bißchen Phantasie hilft auch über die rauheste Wirklichkeit hinweg.

Ein republikanischer Richterbund

In Berlin hat sich ein republikanischer Richterbund gebildet. In einem Aufruf heißt es über die Ziele des Bundes, daß der deutsche Wiederaufbau nur im Rahmen eines Vertrauensverhältnisses des Volkes zur Rechtspflege und auf der Grundlage der demokratischen Republik gedeihen könne. Ein freies, unabhängiges Richteramt, frei und unabhängig von Standesdünkel, sei notwendig, auch in dem Sinne, daß der Richter allen Kränklichen und veralteten Methoden der Justizverwaltung entzogen werde, damit er wahrhaft frei seines hohen Berufes waltend könne. Ein politisch interessiertes Richteramt, das in die Tiefe und in den ganzen Reichtum des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens vordringt, müsse angestrebt werden. Jeder, der sich tüchtig zum demokratischen Republik bekennet, ist im Bunde willkommen. Richter, Anwälte, Staatsanwälte und Rechtslehrer in Stadt und Land werden zum Beitritt in den Bund und zur Gründung weiterer Ortsgruppen aufgefordert.

Die rechtsstehende Presse ist, wie zu erwarten war, auf die Gründung nicht gut zu sprechen. Sie meint, durch diese Gründung werde nunmehr auch der Richterstand politisiert. Bisher waren die Richter nämlich alle miteinander unpolitisch eingestellt, das heißt: sie waren Kaiserzeu, sie waren konservativ, und das ist natürlich — unpolitisch!

Kommunistische Zitierrückfälle. Die „Rote Rahne“ gab in ihrer gestrigen Ausgabe auszugswweise einen Artikel wieder, der angeblich dem „Unabhängigen Korrespondenzbureau“ entnommen war. Der „Unabhängige Zeitungsdienst“ heißt demgegenüber sehr, daß der angelegene Artikel nicht bei ihm erschienen ist und daß es außer ihm kein Korrespondenzbureau der U. S. P. gibt.

Verunglückte Feuerwehrlente. Bei einem Scheunendbrand in Polda stürzte eine Wand ein und begrub mehrere Feuerwehrlente unter sich. Zwei waren sofort tot. Dem Brandmeister Ehrhard wurden die Beine gedrohen und der Brustkorb eingedrückt.

Demobilisierung in Polen. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, durch welche die Regierung die wirtschaftliche Lage Polens heben will, soll auch der Stand der polnischen Armee auf Friedensstand reduziert werden.

Ausschneiden!

Druckfache
SIN die
Hauptexpedition der „Freiheit“

Berlin G 2
Breite Straße 8-9

NO 516-
MARE

unmittelbare Verbindungen zu einfachen Fahrpreisen nach dem Stadlinnern - Potsdamer Platz, Moabit, Wedding usw. Anhalter Bahnhof, Spittelmarkt, Alexanderplatz. Näheres über die Fahrzeiten ist aus den Aushängen in den Wagen ersichtlich. - Der diesjährige Silvesterfahrplan der Berliner Straßenbahn wird sich, wie bereits mitgeteilt, im wesentlichen im Rahmen des vorjährigen halten. Die letzten Wagen der Hauptlinien werden hiernach gegen 2 Uhr aus dem Stadlinnern verkehren.

Ein neues Parteiorgan

Das Wachstum der U.S.P. in der Provinz Brandenburg einerseits und der fühlbare Mangel einer gemeinsamen Organe andererseits haben den Bezirksverband Berlin-Brandenburg veranlaßt, ein eigenes Provinzorgan herauszugeben. Dies erscheint ab 1. Januar unter dem Titel „Freier Volkswille“. Verleger ist im Auftrage des Bezirksverbandes, Genosse Richard Krille. Die Zeitung erscheint täglich und kostet, durch die Post bestellt, pro Monat 10 M. (Eingetragen im 2. Nachtrag der Postzeitungsliste.) Verlag und Redaktion des „Freien Volkswillen“ befinden sich in Berlin C 2, Breite Str. 8/9. (Telephon: Zentrum 152 30-30.)

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß alle Mitglieder der Provinz den „Freien Volkswillen“ abonnieren und darüber hinaus in eine rege Propaganda für das Blatt eintreten. Postabonnenten müssen sofort die Bestellung beim zuständigen Postamt aufgeben.

Die Polizeistunde in der Silvesternacht. Der Minister des Innern hat, wie im Vorjahre, keine besonderen Bestimmungen für die Polizeistunde in der Silvesternacht ausgeben. Es bleibt also offiziell bei der üblichen Polizeistunde, nachts 1 Uhr, indessen ist den Inhabern von Gaststätten hinsichtlich einer kleinen Konzession dahingehend gemacht worden, daß sie ihre Betriebe bis 3 Uhr morgens geöffnet halten dürfen. Die diensttuenden Beamten der Schutzpolizei sind in diesem Sinne unterrichtet worden, und sie werden daher vor Ablauf der dritten Morgenstunde nirgends eingreifen.

Die neuen Mietzuschläge. Der Zentral-Mieterverband teilt mit: Die zahlreichen Mitteilungen über die Neuregelung der Höchstmieten haben in der Öffentlichkeit vielfach den irrigen Eindruck erweckt, als ob die neuen Mietzuschläge von 70 resp. 120 v. H. bereits Gesetz geworden und daher ab 1. Januar 1922 zahlbar seien. Das ist nicht der Fall, vielmehr muß ausdrücklich davor gewarnt werden, irgendwelche Sonderabmachungen mit den Vermietern zu treffen, bevor weitere Entschlüsse der Behörden in dieser Frage vorliegen.

Die Kraftdrohnenbesitzer streiken weiter. Die Groß-Berliner Kraftdrohnenbesitzer nahmen am Freitag nachmittag gegen die beschlagnahmten Maßnahmen des Magistrats und des Berliner Polizeipräsidenten in einer stark beleuchteten fast fünf Stunden dauernden Versammlung Stellung. Die Versammlung beschloß, den Streik weiterzuführen, ohne Rücksicht auf die vom Polizeipräsidenten angebotenen Folgen. Polizeipräsident Richter ließ den Versammelten mitteilen, daß er mit einer Abordnung der Kraftdrohnenbesitzer noch einmal verhandeln wolle, und so wurde eine erneute Besprechung auf Sonnabend vormittag festgelegt. Nach der Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug, der vor das Rathaus zog.

Die Monatskarten mit Lichtbild. Die auf der Wannseebahn eingeführten Monatskarten mit Lichtbild werden im Januar beibehalten. Im Gegensatz zu den bisher geltenden Bestimmungen wird mit Rücksicht auf den 1. Januar eine Ausnahme dahin getroffen, daß die Monatskarten mit Lichtbild auch am 2. Januar „angeht“, d. h. mit Blechrahmen und Lichtbild nicht fest verbunden, zur Fahrt zugelassen werden, wenn gleichzeitig Blechrahmen und Lichtbild vorgezeigt wird. Seit am 3. Januar werden die Inhaber ungedruckt Lichtbildmonatskarten von der Fahrt ausgeschlossen. - Wozu auf der Wannseebahn dieser doppelte geistige Unus ist, hat noch kein Gelehrter ergründet. Auf der Stadt- und Ringbahn geht es bekanntlich ohne Lichtbild sehr gut.

Der Leichenwagenzwang aufgehoben. Durch die neue Polizeiverordnung über die Leichenschau ist die früher in Kraft befindliche Polizeiverordnung vom 16. August 1872, welche besondere Vorschriften über die Beförderung von Leichen enthält, aufgehoben worden. Ein polizeilicher Zwang zur ausschließlichen Benutzung von Leichenwagen kann daher nicht mehr ausgeübt werden.

Die Unterschlagung bei der Polizeihauptkasse. Der Hauptschuldige bei der Defraudation in der Polizeihauptkasse, Wulf Ziebler, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Während man bisher annahm, daß der verhaftete Fechner über den Aufenthaltsort seines Kumpanen nichts auslagern wolle, ist die Kriminalpolizei jetzt zu der Überzeugung gelangt, daß Fechner selbst im unklaren darüber ist, wo Ziebler sich aufhält. Letzterer führt den größten Teil des unterschlagenen Geldes - etwa 750 000 M. - mit sich.

Kleine Mitteilungen. Herr Hermann Roth, beschäftigt in der Zigarettenfabrik „Garbain“, Pantow, legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem wegen Hehlerei angeklagten Kaufmann gleichen Namens nicht identisch ist. - Die Bäderpreise in den hiesigen Volkshadeparkanlagen sollen erhöht werden. Der Magistrat hat beschloffen, künftig für ein Wannenbad 4 M., für ein Brausebad für Erwachsene 1 M., für ein Brausebad für Kinder 50 Pf., für ein Schwimmbad für Erwachsene 2 50 M., für ein Schwimmbad für Waischfortbildungsschüler 2 M., für ein Schwimmbad für Kinder 1 50 M., für Erteilung von Schwimmunterricht an Erwachsene 40 M., an Kinder 20 M. zu nehmen. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine entsprechende Vorlage zugegangen.

Admiralpalast. Ein neues Eisballett von Leo Bartuschk: „Futuristischer Karneval“. Bunt durcheinander wimmelt es von allen möglichen exzentrischen Kostümen. Die gesamten Darsteller zeigen recht gute eisthechnische Leistungen, die von ein-

zelnen Tänzerinnen zu höchster Vollkommenheit gesteigert werden. Besonders erwähnt seien der Admiralstar Dora, Eric Ericson und die jugendliche Inge Parzell. Bisher sieht man zwei Neueinstudierungen: „Im Gespenstschloß“ und „Die Prinzessin von Tragani“. Besonders am Hofe von Tragani wird sehr schön getanzt. - Das Programm wird die nächsten vier Wochen den Spielplan beherrschen, dann soll der Eispalast in ein Varietés-Etablissement umgewandelt werden.

Tschechoslowakische Militärspionage?

Kasselerregende Enthüllungen über das Vorhandensein einer tschechoslowakischen Spionage in der deutschen Reichswehr erbrachte eine Verhandlung, welche gestern die Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen tatsächlichen Angriffes auf einen Vorgesetzten und Beleidigung war der Grenadier Otto Baum am 5. April 1919 von dem damals noch existierenden Gericht der Reserve-Brigade III-Berlin unter Zugrundelegung folgenden Sachverhalts zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden: Der Angeklagte, welcher seiner Zeit auf dem Truppenübungsplatz Jossen Dienst tat, wollte eines Abends den von dem Bahnhof dorthin fahrenden Omnibus benutzen und fand diesen schon besetzt. Er sprang noch auf das Trittbrett, und zu gleicher Zeit erschien auch der Oberleutnant Hromatka eines Reichswehrregiments auf dem Trittbrett und verlangte, daß B. seinen zuerst eingenommenen Platz räumen sollte. Der Angeklagte weigerte sich, und die Folge war ein Handgemenge, bei welchem dem Oberleutnant H., als er das Trittbrett wehr zog, dieses entzogen wurde. Baum soll dabei gerufen haben: „Schlagt den Hund tot!“ Außerdem soll B. auf den Offizier eingeschlagen haben.

Da der damalige Gerichtsherr, der General von Oyen, das Urteil bestätigte, mußte B. die Strafe von 3 Jahren Gefängnis antreten und hatte hieron schon 21 Monate verbüßt, als es Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld gelang, mit sehr interessanten Aufklärungen ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Der Verteidiger hatte in Erfahrung gebracht, daß der Oberleutnant Hromatka einem Unteroffizier des Korps Vöhrstrand gegenüber Betrügereien verübt habe. Er stellte daraufhin weitere Ermittlungen über die Person des Oberleutnants an und machte dabei recht sonderbare Entdeckungen. Es ergab sich, daß der preussische Oberleutnant in Wirklichkeit ein österreichischer Landsturmmann tschechischer Abkunft war und sich mit Hilfe falscher Papiere den Eintritt in die deutsche Reichswehr erschlichen hatte, um hier Spionagedienste zu leisten, und zwar, wie man annimmt, für die tschechoslowakische Regierung im Auftrage der französischen Regierung, um angebliche Uebertretungen des Versailler Vertrages festzustellen. Vor Gericht stellte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld durch Betragen fest, daß Hromatka augenblicklich eine ihm wegen Spionage und anderer Vergehen auditierte Gefängnisstrafe von 2 Jahren verbüßt. - Das erste Urteil gegen Baum wurde seiner Zeit im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht verwiesen, da inzwischen die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben worden war. Die Strafkammer verurteilte B. jetzt, nachdem das erschwerende Moment des Angriffs auf einen Vorgesetzten in Wegfall gekommen war, wegen einfacher Körperverletzung und Beleidigung zu 4 Monaten Gefängnis, welche Strafe als verbüßt angesehen wurde.

Gewerkchaftliches

Gewerkchaftliche Garantieverträge

Dreikantentheorie oder Bundesgenossenschaft

Um die gewerkchaftliche Einheitsfront aller Arbeitnehmer - Kopf- und Handarbeiter - herbeizuführen, wird seitens des A. D. G. B. seit langem versucht, den Deutschen Beamtenbund zu veranlassen, mit ihm in ein festes Organisationsverhältnis zu treten wie es seit April zwischen A. D. G. B. und A. D. S. besteht. Alle bisherigen Verhandlungen waren ergebnislos. Der A. D. G. B. stellte in Aussicht, daß, falls es zu keiner Koalition resp. zu keinem Anschluß kommt, er eigene Beamtengewerkchaften gründen werde.

Vor diesen eventuell zu gründenden freigewerkchaftlichen Beamtengewerkchaften haben die dem Beamtenbunde angehörigen Verbände Angst und sie können auf Beseitigung dieser Möglichkeit, die ihnen gefährlich werden könnte.

Einen interessanten Beleg hierfür erbringt das Organ der Gewerkchaft „Deutscher Lokomotivführer“, der „Vorau“, in Nr. 50. Das Blatt erklärt hierzu: „Der A. D. G. B. hat wiederholt und ernst erklärt, daß er sich im Ablehnungsfalle genötigt sehen wird, eine freigewerkchaftliche Beamtenorganisation ins Leben zu rufen. Ansätze dazu sind - sogar in ziemlich beachtlichem Maßstabe - bereits vorhanden. Wir brauchen nur an die 61 000 Stimmen des A. D. G. B. angehörenden Deutschen Eisenbahner-Verbandes bei den Beamtenräuschen zu denken. Angesichts einer derartigen Eventualität wäre es falsch, den Kopf wie der berühmte Vogel Strauß in den Sand zu stecken und die Dinge an sich herantommen zu lassen.“

Welche Folgen hätte nun diese eventuelle Neugründung? Der „Vorau“ erklärt, daß „der Beamte auf der Lokomotive“, der um seine „Berufung“ hart zu kämpfen hat, nicht viel Neigung hätte, abzupringen, schon aus dem Grunde, da er Forderungen vertritt, die in einer „Großorganisation nicht besonders populär sind“. Da aber die Lokomotivführer von dem „eiserne Prinzip der bedingungslosen Neutralität“ nicht abgehen, so würde dieser Verband, um der Forderung vorzubeugen, als neutrale Organisation bestehen bleiben. Als Ausweg empfiehlt nun das Blatt, gegenseitige gewerkchaftliche Garantieverträge abzuschließen.

„Der jeden „Anschluß“ der einen Gewerkchaft an die andere ausschließt und jede Organisation unterzeichnen kann, die den erforderlichen Weisheit besitzt, um die durch den Garantievertrag auch für sie erreichbaren Sicherungen gegenüber den gemeinsamen Gewerkchaftsgegnern durch ihre Unterschrift zu erwerben.“

Diesen „Weisheit“ hofft man beim A. D. G. B. zu finden, und der „Vorau“ meint, „es besteht nun kein vernünftiger Grund, weshalb eine Bundesgenossenschaft, die von Fall zu Fall ja doch jedesmal neu hergestellt werden muß, nicht auch durch vertragliche Abmachungen ein für allemal festgelegt werden könnte“.

Aber leider steht diesen Ermüdungen die „Vernunft im Leben der Organisationen“ gegenüber, weshalb der Artikelsschreiber einen sehr pessimistischen Ton anschlägt. Deshalb sollte der Deutsche Beamtenbund daher jetzt von sich aus mit einem, von einwandfreiem gewerkchafts-demokratischen Geist getragenen Entwurf eines Statuts für eine Schutzwirkung gemeinsamer Spionagenorganisationen an die Öffentlichkeit treten.

Zum Schluß heißt es: „Die Einigung der Gewerkchaften gegenüber dem einzigen Arbeitgeber in Industriepalästen und Geheimratsgimmern darf nicht länger an Kleinlichen Bedenken scheitern.“

Sehr richtig. Nur scheint diese Methode, die da für die „Bedingungslose Neutralität“ einerseits und für die Garantierung des Bestandes andererseits auf der Grundlage eines sehr üblen Kompromisses eintritt, nicht nur ein Loch zu haben, sondern auch auf unserer Seite wenig Anhang zu finden. Eine solche feste Bindung, wie die einer „Schutzwirkung“, hätte auch einer nur sehr problematischen Wert. Es ist bedauerlich genug, daß in den Beamtenkreisen diese Dinge noch nicht genügend erkannt sind.

Für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung

In einer von den deutschnationalen und demokratischen Angestelltenverbänden gemeinsam veranstalteten Versammlung in Ingolstadt wurde am 16. Dezember 1921 folgende Entschliessung nahezu einstimmig angenommen:

„Die am 16. Dezember 1921 in Ingolstadt („Quartlbräu“) sehr zahlreich versammelten Angestellten sämtlicher Gewerkchaftsrichtungen beauftragen die Reichsregierung, unverzüglich unter Wahrung der von den Angestellten erworbenen Rechte die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung vorzunehmen. Diese Forderung entspringt der Tatsache, daß die enormen Verwaltungsstellen der Angestelltenversicherung in keinem Verhältnis zu den Leistungen dieser Versicherung stehen.“

Wir fordern ferner, daß den Versicherten die maßgebende Mitwirkung nach Artikel 161 der deutschen Reichsverfassung gewährleistet bleibt.“

Nur weiter so.

Die Angestelltenversicherungswahlen

In den nächsten Tagen und Wochen finden die Wahlen zu den verschiedenen Körperschaften der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte statt. In diesem Wahlkampf dreht es sich um die Frage, ob die gegenwärtige Sonderversicherung mit der Invalidenversicherung verschmolzen werden soll. Das Bureau für Sozialpolitik hat einen von namhaften Versicherungsfachverständigen entworfenen Gesetzentwurf veröffentlicht, der vorläufig eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen den beiden Versicherungen erstrebt. In diesem Entwurf ist z. B. vorgesehen, daß, wenn der Ausschuss einer Landesversicherungsanstalt aus zehn Mitgliedern besteht, davon drei versicherte Arbeiter und zwei versicherte Angestellte sowie fünf Unternehmer sein sollen. Die Angestellten würden also dadurch sehr bevorzugt werden, denn in Wirklichkeit kommen ja unter den Versicherten auf sechs Arbeiter noch nicht vier versicherte Angestellte. Die Zahl der Angestellten ist im Vergleich zu den Arbeitern geringer. Trotz dieser Bevorzugung der Angestellten ist in dem Entwurf des Bureaus für Sozialpolitik außerdem noch bestimmt worden, daß bei Angelegenheiten, die nur Angestellte betreffen, nur diejenigen Vertreter mitwirken, die von den Angestellten und ihren Arbeitgeberern gewählt sind.

Obwohl also den Angestellten weitgehende Sonderrechte gewährleistet sind, läßt Frauäulein G. Yrael vom Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten ihren Anhängerinnen vor, der Entwurf des Bureaus für Sozialpolitik bezwecke, die Angestellten bei Abstimmungen gänzlich einflusslos zu machen. Die Sonderklassenfreunde sehen sich also immer wieder zu den größten Lügen genötigt, um die Angestellten von der Vereinheitlichung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung abzuhalten.

Eisenbahnwerkstättenarbeiter

Die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Eisenbahnarbeiter der Hauptwerkstätten 1 und 2 sowie die der anliegenden Werkstätten melden sich zur Eintragung in die Streikliste im Lokal von Rosin, Gubener Straße 19.

Deutscher Verkehrsbund

Funktionäre und Betriebsräte der Sektion VI des Deutschen Verkehrsbundes, Post-, Telegraphen- und Fernsprechnpersonal! Heute Sonnabend, mittags 12 Uhr, Gemeinschaftshaus, SO. 16, Engelauer 24-25, Saal 1, wichtige Funktionärsversammlung. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Wegen der Dringlichkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung und in Anbetracht der ungeklärten Lage ist das Erscheinen sämtlicher Funktionäre und Betriebsräte unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und Funktionärskarte dienen als Ausweis.

Verantwortlich für Text und Illustration: Das Lichtbild, Berlin-Dahlemer; für Remuneration, Postales und Gewerkschaftliche: H. Kubert, Berlin; für den Inhalt und die geschäftliche Mitteilungen: Edmund Kommer, Berlin. - Verlagsvermittler: „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck des Berliner Drucker G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 84.

Arbeitskraft u. Lebensfreude

erschaffen u. geben
Erdoesberger
Verkaufungs-Herz
Wurm-Regula-Unterleibs-
Kräuter
Jedes Paket M. 12.-
Apotheken, Aufhängungsgewinn gratis.
Hauptniederlage für Berlin:
Elefanten-Apotheke, SW, Leipziger Str. 74

Oelring!

Süßstoff ist weder Artepzeug noch Ersatzmittel. Er ist Jahrzehnte bewährt als vorzügliches Süßgewürz. Rein, praktisch, billig und bestimmlich. Sparsam verwenden.
Erfährlich in Kolonialwaren, Drogenhandlungen und Apotheken.

Nasenröle, Sommersprossen
usw. werden schmerzlos, unmerklich für die Umgebung, abgeschwächt durch echte Vater-Philipp-Schäcker, danach kommt anmutige Junge, zarte Haut zum Vorschein, 12 M. v. Laboratorium Dresden-Zehlendorf 147, in der Elisenau - Apotheke, Leipziger Str., u. Drogenlab. Bastianstr. 2, Fahrmarktstraße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 74, Pankow, Prinzstr. 6.

Altmetalle
zahlreiche Werte
zahlreiche Werte, Oberberger Str. 1, Amt Humboldt 417
Reichel
Dunsch-Extrakte
fräftige Qualitäten
Jamaika - Rum - Verschnitt
Dtsch. Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4

Kleide Dich billig, elegant! Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfen,

im Leihhaus Moritzplatz 58a. teils aus Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäse, Toppiche, enorme billige Pelzwägen! Kreuzfische 300, Zebelfische 400, Blau-, Silberfische, Skunks, Wäse, Lechse, Sportpelze 800, Gehpelze 1800, Pelzmäntel 2500. Keine Lombardwaren